Region der Zukunft
Landkreis Darmstadt-Dieburg

Fraktionsvorlage

Vorlage-Nr.: **3378-2010/DaDi** vom 12.01.2010
Aktenzeichen: 412-010

Fachbereich: Fraktion von Die Linke-DKP
Walter Busch Hübenbecker
Werner Bischoff

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

Nr.	*Gremium*	*Status*	*Zuständigkeit*
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Keine Sperrung von Strom und Gas - Antrag Die Linke/DKP**

Beschlussvorschlag:

1. Die Kreisverwaltung wird aufgefordert mit den hiesigen Energieversorgungsunternehmen Entega und GGEW Verhandlungen mit dem Ziel in der Zeit von 1.12. bis 28.2. des Folgejahres k e i n e Gas- und Stromsperrungen bei ihren Kunden vorzunehmen.

2. Gleichzeitig werden Entega und GGEW aufgefordert generell bei Gas -und Stromabstellungen Verhandlungen mit den hiesigen Sozialämter bzw. den entsprechenden Kreisstellten Gespräche mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung ihre Kunden zu finden, sollten die im SGB II , SGB XII oder der der Grundsicherung angesiedelt sein.

Begründung:

Alljährlich berichtet das DE – so am 22.12.2007 („In der Kälte ohne Strom und Heizung) oder am 22.12.2009 („Vierter Advent ohne Strom und Heizung) über Fälle im Landkreis die jegliche Menschlichkeit vermissen lassen.
Nirgendwo anders wie in Deutschland gehen Energieversorgungsunternehmen so restriktiv gegen Schuldner vor. In vielen Länder Europas wird in vergleichbaren Fällen zu mindestens die Grundsicherung gesichert.
Daher fordern wir die Kreisverwaltung auf Verhandlungen zu führen, die hier im Landkreis zu einer gewissen „Energiesolidarität“ führen und während der besonders kalten Jahreszeit von 1.12. bis zum 28.2. des Folgejahres jegliche Sperrung von Hausenergie ausschließt. Der Landrat a.D. Alfred Jakoubek – als Mitglied im Aufsichtsrat der HSE- wird angesichts der Bedienungsmentalität mit ca. einer Million Gehalt pro Jahr des HSE Vorstandes- der Herrn Wawrzik,Filbert und Mayer – hingewiesen , das unsoziale Vorgehen gegenüber den ärmsten Bürger des Landkreises schnellstens zu beenden. Der öffentliche Ruf der HSE soll nicht weiter beschädigt werden.

Wir bitten um Zustimmung unseres Antrages.